

„Berliner Tageblatt“

und „Handels-Zeitung“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal, Montag bis Freitag zweimal, Samstag einmal.



Abonnements-Preis

durch den Postweg, vierteljährlich 6 Mk., halbjährlich 12 Mk., jährlich 24 Mk. ...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung.

Nr. 333 38. Jahrgang

Sonntag 4. Juli 1909

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 58.

Politische Wochenschau.

von Paul Michaelis.

Die Finanzkrise im Reich hat zu einer Ranzlerkrise geführt. Fürst Bülow, der seit neun Jahren die Reichsleitung getragen hat, wird demnach von der politischen Bildfläche verschwinden.

Es ist aus mit dem Fürsten Bülow, unwiderruflich aus. Auch liegen wohl dem Fürsten Bülow ähnliche Gedanken fern, wie sie einst in der Scheidestunde dem Fürsten Bismarck erfüllten.

Die Finanztage im Reich hat zu einer Ranzlerkrise geführt. Fürst Bülow, der seit neun Jahren die Reichsleitung getragen hat, wird demnach von der politischen Bildfläche verschwinden.

Es ist aus mit dem Fürsten Bülow, unwiderruflich aus. Auch liegen wohl dem Fürsten Bülow ähnliche Gedanken fern, wie sie einst in der Scheidestunde dem Fürsten Bismarck erfüllten.

lagen, daß die neue Mehrheit, sobald sie einmal wüßte, daß sie eine Aufhebung des Reichstags nicht zu riskieren habe, sich auch nicht freiwillig dazu verstehen werde, ihre Ansprüche erheblich zurückzugeben.

Ohnehin war die letzte Woche durch allerlei Gejanz und teilweise sehr gereizten Ausnahmeverordnungen angefaßt. Fürst Bülow fand eine gewisse Bemühtung darin, festzustellen, daß es die bestmögliche Lösung gewesen seien, die ihn gestützt hätten.

Auch das weinerliche Wehklagen über den angeblichen Umfall des Bundesrats, wie es aus dem Lager des Fürsten Bülow gehört wurde, macht diese ganze Situation nur noch unerfreulicher.

Auch diese Episode ist nicht gerade geeignet, die Situation des Fürsten etwas zu verbessern. Fürst Bülow kommt von der Verantwortung für den Lauf der Dinge nicht los.

Wenn man vielleicht zunächst eine schwache Hoffnung haben konnte, daß die Ueberbannung der reaktionären Ansprüche die Verbündeten Regierung doch noch zu einer Auflösung des Reichstages nötigen könnte, so wird man diese Erwartung jetzt endgültig einstellen müssen.

In dieser Beziehung arbeitet ja die neue Mehrheit tadellos. Sie hat in den letzten drei Tagen die Verteuerer, die Tabaksteuer und die Branntweinsteuer bewilligt, und sie hat damit bewiesen, daß sie ebenjünger soziale Freiheit empfindet, als die Verbündeten Regierung.

Wolfe gründlich untergraben und im Reich herrscht die ungeschminkte Reaktion.

Die innerpolitische Situation.

Die Regierung und der schwarze Block.

Wie wir hören, hat Herr Geheimrat Dr. Richter gestern eine Unterredung mit dem Unterstaatssekretär v. Lobeell gehabt, der bekanntlich im Auftrag des Fürsten Bülow an den Verhandlungen über das Steuerkompromiß teilnimmt.

Wir haben schon im gestrigen Abendblatt gesagt, daß die Mitteilungen der parlamentarischen Korrespondenz nicht völlig den Tatsachen entsprechen und daß zwischen dem schwarzen Block und der Regierung eine heimiitliche Verständigung aus noch gar nicht erzielt ist.

Mit den fortwährenden Erfolgen der reaktionären Mehrheit wird die „Arb. u. Hlg. Ztg.“, die vor einigen Wochen sehr laut, immer leiserlaut. Ihre Bemerkungen über die Finanzberatungen der letzten Woche sind schon völlig wie eine Schamade.

Ihre Zuversichtsvollen wird natürlich davon abhängen, ob es der Mehrheit des Reichstages gelingt, ihre mit der Ablehnung der Erbschaftsteuer übernommene Verpflichtung einzulösen und die Reichsfinanzreform in einer sachgemäßen, erschöpfenden und für die verbündeten Regierungen annehmbaren Weise zu Ende zu führen.

Das beweist doch nichts anderes, als daß die verbündeten Regierungen so ziemlich alles schloßen wollen, was ihnen von dem schwarzen Block seitwärts wird.

Nach der Annahme der erhöhten Steuern auf Bier und Tabak erfolgte gestern im Reichstage der dritte Streich, indem von dem „Schwarzen Block“ auch die Branntweinsteuererhöhung durchgesetzt wurde. Es war das Meisterstück der neuen Mehrheit, die reaktionären Forderungen sind jetzt eingezogen und letzten Endes auch in Bewilligungskraft. Ganz ohne Konfessionen ging es allerdings doch nicht. Die Parfumersteuer, dieses erhaltene Produkt der legislativischen Zensurkraft des Abgeordneten Erzbischof, wurde einstimmig in den Diskurs befördert, nachdem Herr Erzbischof selbst mit innerlicher Miene erklärt hatte, daß seine Freunde seinen Wert darauf legten, und nachdem auch der Reichstagspräsident die Erhöhung dieser Steuer eine Idee gehalten. In sehr anmutiger Weise gab der Abgeordnete Zaeger der Parfumersteuer den Genickschlag. Er erregte stürmische Heiterkeit, als er die neue Mehrheit mit Bärenstärken verglich, die ihre Jungen erst nachträglich zurechtzuleiten müssen. Aber von diesem Intermezzo abgesehen, verläuft die Debatte sehr uninteressant. Man will verstehen die Verteuerer der Steuern, Wähler, Südkamer, Amuseusen, Semler und Götter, durch den Hinweis auf die verhängnisvollen Konsequenzen der Abgabenpolitik auf die agrarischen Parteien zu wirken. Die neue Mehrheit dachte gar nicht daran, sich durch moralische Stupor in ihrer Beantwortung beirren zu lassen, und der Abgeordnete Köstler trieb den Zynismus so weit, daß er sogar die Erhöhung des Preises für Zerkoschenwein mit ethischen Gründen zu rechtfertigen unterwarf. Schließlich wurde ein sozialdemokratischer Antrag, der die Infolge des Gesetzes kritisieren sollte, durch den Arbeiterentschloßenen, in namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 139 Stimmen bei 10 Stimmenthalten abgelehnt; dann wurde das Gesetz selbst mit einer Reihe konservativer Änderungsanträge gegen die Verteuerer angenommen. Am Montag geht die zweite Lesung der Steuererlagen weiter.